

Mini-Villen im Schnellverfahren zu Geräteschuppen, Fischerhütten oder Bienenhäusern.

Es gibt auch kaum einen Villen-Bauer, der sich den Ämtern gegenüber nicht auf irgendein Bauwerk in der Nähe berufen kann, das gleichfalls gegen das Gesetz verstößt und dennoch von der Behörde genehmigt wurde. Aber die Bauämter haben es besser: Sie dürfen sich folgenlos irren und können, wenn sie zuvor ein Gesetz fehlerhaft nicht beachtet oder anderweitig neue Erkenntnisse gewonnen haben, ihre bisherige Praxis jederzeit ändern.

Denn die Deutschen haben, laut Bundesverfassung, zwar Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz, nicht aber Anspruch auf Gleichbehandlung vor den Behörden: Gleichheit im Unrecht gibt es nicht.

So haben die Ämter in Stadt und Land weitgehend freie Hand, wenn sie Abbruchverfügungen hinaus schicken oder Nutzungsverbote erlassen. Manchmal scheint es, als empfänden sie es als eine Art Selbstbestätigung: Oft jagen sie aufmüpfige Hausbesitzer jahrelang durch alle Gerichtsinstanzen und ziehen aus dem Urteil dann doch keine Konsequenzen. Der Vorsitzende Richter Otto Deggau vom Verwaltungsgerichtshof in Kassel weiß: „Wenn wir auf Antrag einer Behörde einen Abbruch verfügen und fahren da mal nach zehn Jahren zufällig vorbei, steht immer noch alles da.“

Ob solchen Tempos erscheinen die Verfahren zur Prüfung von Baugesuchen — sie dauern in den Bundesländern zwischen zwei und sechs Monaten —

geradezu als Blitzaktionen. „Die Bundesregierung“, ließ der Parlamentarische Staatssekretär Dieter Haack vom Bonner Bau-Ministerium im Juli einen CDU-Anfrager wissen, „erörtert gegenwärtig gemeinsam mit den zuständigen Landesressorts, welche praktikablen Möglichkeiten für eine Reform des Baugenehmigungsverfahrens bestehen.“

Näheres erläutert der Berliner Senatsrat Dietrich Steinhoff. Er ist Obmann eines „Arbeitskreises Bauordnung der Zukunft“, den die Innenminister der Länder vor vier Jahren unter Bonner Mitwirkung installierten, um (als Fernziel) Möglichkeiten für ein ganz neues Bauordnungsrecht und (als Nahziel) Chancen für eine Beschleunigung und Vereinfachung des heutigen Baugenehmigungsverfahrens zu eruieren. Steinhoff: „Diesen Herbst kommen wir noch einmal zusammen. Aber ob dabei etwas herauskommt, weiß ich nicht zu sagen.“

SED

Malewbeli in Potsdam

Wer in der DDR eine besondere Ausbildung oder leitende Stellung hat, wird als Kader geschult — und lückenlos kontrolliert.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert werden in der DDR Kader ausgelesen und entwickelt, herangezogen, erprobt und bestätigt. Es gibt Nachwuchskader, Leitungskader und Kaderleitungen, Kaderreservoirs und Reservekader.

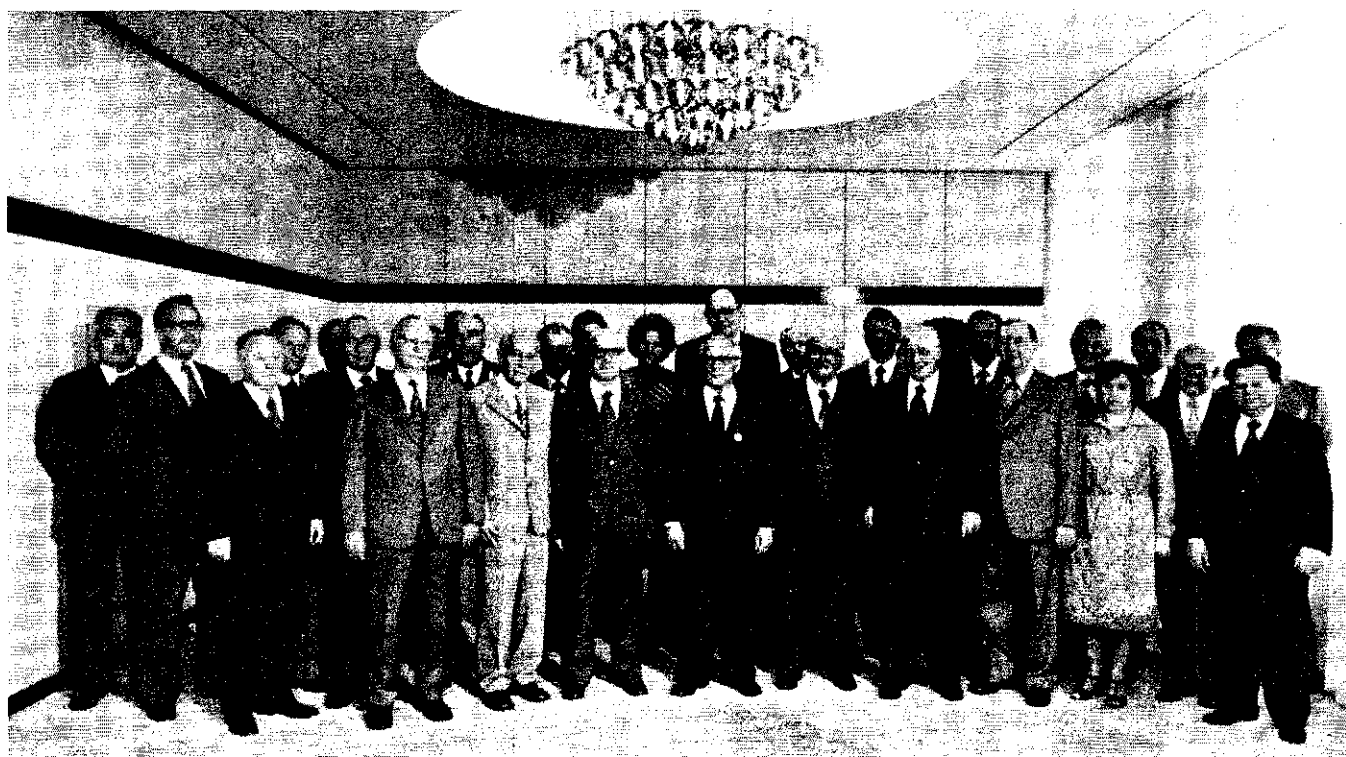
Und es gibt Hunderttausende von Kaderakten — für jeden DDR-Bürger, der studiert hat oder irgend etwas leitet, mindestens eine.

Was immer im Leben eines Leitenden anfällt oder danebengeht — Zeugnisse, Beurteilungen, Lebensläufe, Personalbogen: In der Kaderakte wird es aufbewahrt. Selbst Kleinigkeiten bleiben konserviert. „Das Nichterscheinen zur Maidemonstration“, berichtete der vor einigen Jahren aus der DDR herübergewechselte Soziologe Dieter Voigt, „kann dort ebenso aufmerksam notiert werden wie Diskussionsbeiträge oder die Spende für Nordvietnam.“

Wer und was ein Kader ist — darüber freilich gehen zwischen Werktätigen und Wissenschaftlern die Meinungen auseinander.

Obwohl beispielsweise im DDR-Arbeitsgesetz von „Personalangelegenheiten“ und „Personalunterlagen“ die Rede ist, gibt es in der DDR Personalbüros nicht mehr; Personalangelegenheiten werden vielmehr in Industrie, Handel und Verwaltung von Kaderabteilungen geregelt.

Dennoch gilt der Partei wie auch sozialistischen Organisationswissenschaftlern nicht jeder arbeitende DDR-Bürger automatisch als Kader: Darunter, so lautet die Standarddefinition der beiden DDR-Autoren Richard Herber und Herbert Jung, sei vielmehr „ein Stamm von Menschen“ zu verstehen, „die aufgrund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten geeignet und beauftragt sind, andere Menschen bei der Verwirklichung der gestellten Aufgaben zu füh-



Politbüro der SED 1977: Welches ZK-Mitglied aufrückt, ist langfristig festgelegt

Für Ihre Geld- und Kapitalanlage: Nord LB- Wertpapiere



Zur finanziellen Handlungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit gehört ein auf Sicherheit sowie Ertrag gleichermaßen abgestelltes Geldanlagekonzept. Das ist heute ohne Wertpapiere nicht denkbar. Die Nord LB – größtes Kreditinstitut in Norddeutschland – ist seit Jahrzehnten im Wertpapiergeschäft stark engagiert und mit Erfolg tätig. Rund 16 Milliarden DM Nord LB-Wertpapiere laufen am Markt um. Allein im 1. Halbjahr 1977 wurden mehr als 890 Millionen DM an Emissionen der Bank nachgefragt. Zum Nutzen der Geld- und Kapitalanleger, aber auch zum Vorteil eines besseren Lebensstandards in unserer Volkswirtschaft. Denn die aus dem Verkauf der Wertpapiere herein kommenden Mittel fließen als Kredite Wirtschaft und öffentlicher Hand zu. Die Nord LB trägt so zur Finanzierung wichtiger Investitionsprojekte bei und hilft, die Infrastruktur in der Bundesrepublik weiter zu verbessern.

Zu unserem Konzept gehört es dabei auch, qualifizierte Wertpapierberater auszubilden und laufend zu schulen. Diese Fachleute sind deshalb in der Lage, für jeden Kunden das maßgeschneiderte Geld- und Kapitalanlagekonzept zu entwickeln. Machen Sie zusammen mit unseren Experten nicht nur das Beste, sondern auch das meiste aus Ihrem Geld. Es ist immer ein Vorteil, vom Spezialisten beraten zu werden. Wählen Sie daher Nord LB, die Girozentrale nieder-sächsischer Sparkassen.

Norddeutsche Landesbank
...kurz Nord LB

Nord LB 723

ren“ — Parteisekretäre, Bürgermeister oder Generaldirektoren beispielsweise.

Daneben werden grundsätzlich alle Hochschul-Absolventen und Wissenschaftler zu den Kadern gezählt — auch wenn sie keine leitende Funktion ausüben. Denn sie stellen das wichtigste „Reservoir für die Heranbildung qualifizierter Leistungskräfte“ dar.

Allen drei Kadergruppen — Funktionalen, Wirtschaftsführern und Spezialisten — sei gemeinsam, „daß sie im Einklang mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten planmäßig und systematisch entwickelt und zielstrebig eingesetzt werden müssen“. Der West-Berliner Sozialforscher Gert-Joachim Glaeßner, der jetzt eine umfassende Darstellung der DDR-Kaderpolitik vorlegt*, sieht in dieser Formel die „gültige Kaderdefinition der SED“.

Die Formel „Kader gleich Leiter oder Spezialist“ begann erst Mitte der

Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei wurde Mitte 1949 eine Neuordnung beschlossen: Die personalpolitischen Abteilungen wurden in Kaderabteilungen umgewandelt, die seither dem Politbüro direkt unterstellt sind.

Zugleich übernahm die SED mit der „Kader-Nomenklatur“ ein weiteres Prinzip sowjetischer Machtsicherung.

Die Bezeichnung „Nomenklatur“ (wörtlich: Namensverzeichnis) hatten die Sowjets für die Kaderkarteien der neuen sozialistischen Elite gewählt: Registratur-Stellen auf verschiedenen Machtebenen lenkten das Auf oder Ab leitender Parteimitglieder und erwiesen sich während der Stalinschen Säuberungen als wichtigstes Disziplinierungsinstrument: Sie waren dem Staatssicherheitsdienst ebenso dienstbar wie den Sondertribunalen.



Sowjet-Diktator Stalin: „Die Kader entscheiden alles“

sechziger Jahre einen älteren, auf Stalin zurückgehenden Kaderbegriff abzulösen, dem zufolge entscheidendes Kadermerkmal die absolute Ergebnisorientierung gegenüber der Partei war. Stalin: „Die Kader entscheiden alles.“

Nach 1945 übernahmen alle in Osteuropa an die Macht gelangten kommunistischen Parteien Stalins dogmatischen Kaderbegriff.

Die KPD richtete sogleich nach ihrer Wiederbegründung „personalpolitische Abteilungen“ ein, um Führungspositionen innerhalb der Partei, aber auch in der provisorischen Verwaltung, gezielt besetzen zu können. Die Prüfung der Verlässlichkeit von Genossen gehörte ebenso zu den Aufgaben dieser Partei-Instanz wie der Aufbau von Personal-karteien und die ständige Abstimmung mit der sowjetischen Militärverwaltung.

* Gert-Joachim Glaeßner: „Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR“. Westdeutscher Verlag, Köln: 384 Seiten; 45 Mark.

Kaderleiter in Betrieben und Dienststellen sind auch heute in der DDR gehalten, Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nicht nur jede verlangte Auskunft zu geben, sondern ihnen freie Selbstbedienung an den Karteikästen zu gestatten.

Die Ausspähung der DDR-Bürger wird durch detaillierte, mit Lichtbildern versehene Personalbogen erleichtert, die jeder vor Aufnahme einer Arbeit auszufüllen hat. Diese Fragebogen verlangen beispielsweise ein Verzeichnis „sämtlicher Wohnanschriften von — bis“, eine Aufstellung der „Arbeitsstellen von Beginn der Arbeitstätigkeit lückenlos und in zeitlicher Reihenfolge“ sowie „Angaben über Ehepartner, Kinder, Eltern und Geschwister (auch wenn verstorben)“ — mit einer Extra-Spalte „Angabe d. Jahres bei illeg. Verzug (Kap. Ausland einschl. BRD u. WB)“.

Gilt diese Ausforschung grundsätzlich allen werktätigen DDR-Bürgern,

Streng vertraulich

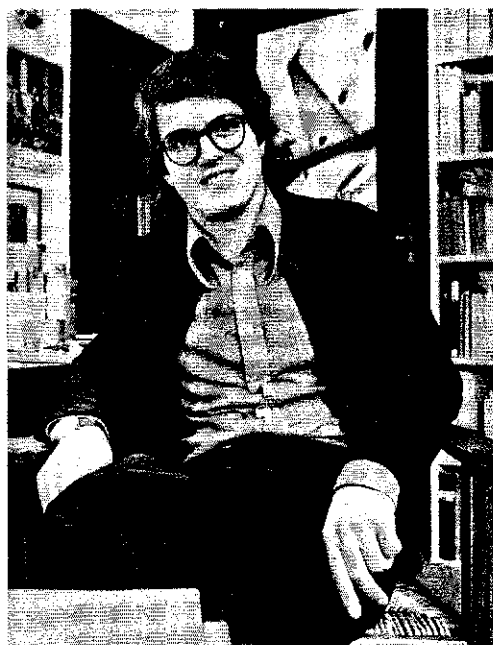
Personalbogen

Lichtbild

Sämtliche Fragen sind gewissenhaft und gut lesbar zu beantworten.
Striche sind unzulässig.
Ein lückenloser Lebenslauf ist beizufügen.

1. Name (auch Geburtsname)	
2. Vorname (Nachname unterstreichen)	
3. Geburtsdatum	4. Geburtsort (Kreis, Land usw.)
5. Staatsbürgerschaft	6. Nationalität
7. Personenkenntnis	8. PA-Nr.
9. Familienstand	
10. Vorwiegend ausgeübte Tätigkeit der Erziehungsberechtigten zwischen dem 6. und 16. Lebensjahr des Unterzeichnenden	
Vater	Mutter

DDR-Personalbogen: Ausspähung durch den Staatssicherheitsdienst



Kader-Forscher Glaeßner
„Politische und soziale Abschottung“

so unterliegen die eigentlichen Kader einer noch strengeren Aufsicht durch ihre Nomenklatur-Stellen: Da sie, so eine Kaderrichtlinie des Ministerrats aus dem Jahre 1969, als „die besten Kräfte des Volkes“ gelten, werden Leitungskader regelmäßig, mitunter zweimal im Jahr, durch ihre nächsthöhere Parteiinstanz beurteilt.

Auf der jeweils übergeordneten Ebene des Partei- und des Staatsapparats werden auch die Kaderakten der sogenannten Nomenklatur-Kader und des für diese Aufgaben herangezogenen Nachwuchses (Reservekader) geführt. Für diese DDR-Elite ist nicht mehr die Kaderabteilung ihrer Arbeitsstelle zuständig, sondern etwa für den 1. Sekretär einer SED-Kreisleitung (Kader der Nomenklatur-Stufe I) die Kaderleitung beim SED-Zentralkomitee.

Die übrigen Mitglieder eines SED-Kreissekretariats (Kader der Nomenklatur-Stufe II) dagegen werden von der zuständigen Bezirksparteileitung er-

faßt. Analog dazu sind die Kaderebenen im Staats- und im Wirtschaftsapparat festgelegt: Ein Dorfbürgermeister, Kader der untersten Nomenklatur-Stufe III, wird bei der Kaderleitung des Rates des Kreises geführt.

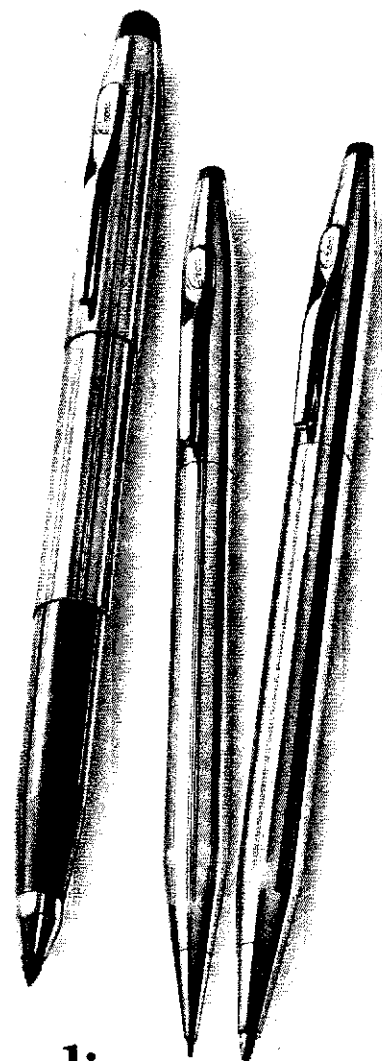
Für die Spitzenfunktionäre oberhalb der Nomenklatur-Stufe I — ZK-Mitglieder, erste Bezirkssekretäre und Mitglieder von Staats- und Ministerrat — existiert eine besondere Kaderbehörde beim Politbüro.

Dieser Personenkreis gilt als Kaderreserve des engsten Führungs-Zirkels. Glaeßner vermutet mit „einger Sicherheit“, daß „eine im ZK-Apparat geführte spezielle Nomenklatur des Politbüros für diese Funktionen besteht“ — also langfristig festgelegt ist, welches ZK-Mitglied einmal auf einem Politbüro-Stuhl Platz nehmen darf.

Diese vorausschauende Personalplanung bleibt freilich immer von der jeweiligen Machtkonstellation an der SED-Spitze abhängig und wird laufend durch innerparteiliche Rivalitäten beeinflusst: Verliert ein Politbürokrat an Einfluß, so werden dadurch auch die Aufstiegserwartungen der von ihm gedeckten Kader reduziert.

Neben persönlicher Protektion gewinnt allerdings mehr und mehr die Aus- und Weiterbildung als Aufstiegs-kriterium an Bedeutung. Je nach Kaderrang können beispielsweise Staatsfunktionäre sowohl zur Verbesserung ihres Fachwissens als auch zur sogenannten „Maleweibi“ (marxistisch-leninistische Weiterbildung) auf regionale und zentrale Betriebsakademien delegiert werden. Spitzeninstitute sind etwa die Fachschule für Staatswissenschaft „Edwin Hoernle“ in Weimar oder die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg.

Die parteiinternen Bemühungen um permanente Niveau-Verbesserung wertet Glaeßner in der Tendenz „als Mittel zur politischen und sozialen Abschottung der Leitungsapparaturen“: Ihr „Wissensmonopol gegenüber der Ge-



die Aristokraten

Internationale Exklusivität und zeitlose Eleganz geboren aus Generationen meisterlicher Fertigungskunst.

Cross—Schreibgeräte mit der lebenslangen bedingungslosen Funktions-Garantie erhalten Sie bei führenden Fachgeschäften in hochwertigem Chrom, 925 Sterling-Silber, 12 und 14 Karat Walzgold sowie Massivgold.

Weltweit erkennbar an dem schwarzen Krönchen.

CROSS®
SINCE 1846

Cross Deutschland GmbH, Mainz. Tel. 06131/46115.
European Marketing:
A.T. Cross Ltd., Dublin 2, Republic of Ireland.

sellschaft“ werde langfristig gefestigt und ausgeweitet.

Glaefners Fazit: Die Chancen „zur Überwindung bürokratischer Verhältnisse“ haben sich durch die Verfeinerung des kaderpolitischen Instrumentariums eher verschlechtert.

AUTOMOBILE

Warm anziehen

Den deutschen Automanagern sitzt die Furcht vor einer japanischen Auto-Offensive im Nacken — aber die Japaner lassen sich noch Zeit.

Zwischen den grünen Blattpflanzen des Mazda-Messestands auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt saß ein unentwegt freundlich blickender Japaner im blauen Executi-

den: 16 Prozent aller Ausstellungsflächen für Personenwagen waren allein von Toyotas, Mazdas, Datsuns, Hondas und Mitsubisaghis besetzt — mehr als von jeder anderen Nation außer den deutschen Gastgebern. „Wir müssen aufpassen“, sprach Johann Heinrich von Brunn, Präsident des Verbandes Automobilindustrie, „denn die Japaner sind inzwischen mit ihren Automobilen wesentlich konkurrenzfähiger geworden.“

Um so putziger mutete nach allem Lamento an, daß die deutschen Autobosse selber — wie auf Verabredung — in ihren Messe-Ansprachen mit einemmal so taten, als habe sich die Drohung aus Fernost aufgelöst in heißen Sake. „Das Thema Japan“, verriet ein Manager aus einer Vorstandsetage, „haben wir absichtlich ausgespart. Kein Wort über die Japaner, machen wir uns doch nicht verrückt.“

von sieben Prozent Mitte der achtziger Jahre.“

Mit dieser Schritt-für-Schritt-Politik, die dann in ein plötzliches Zupacken umschlug, haben die Japaner ihre einstigen Kriegsgefährten schon auf etlichen Auslandsmärkten in die Knie gehen lassen.

Die schlimmste Niederlage bereiteten sie den Deutschen auf dem US-Markt, wo die bewußt auf Mini-Strassenkreuzer getrimmten Japan-Autos, das geringere Lohnniveau und die höhere Produktivität japanischer Autoarbeiter den VW-Konzern von der Spitze der Importmarken verdrängten. VW wurde dort mittlerweile außer von seinem Erstbezwinger Toyota von zwei weiteren japanischen Firmen überrundet.

Auf dem deutschen Markt hingegen, den die Japaner wegen des hohen technischen Standards einheimischer Autos als „Problemmarkt“ betrachten, hat das bisherige Erfolgsrezept einstweilen nicht gefruchtet.

Toyota als erfolgreichste japanische Autofirma in Deutschland hat (bis Mitte 1977) gerade erst 65 246 Autos auf deutsche Straßen gebracht. Die deutschen Käufer reagierten spröde. Sie wollten keine chrombehangenen „Schrumpf-Buicks“ kaufen, die zudem noch oft bei wenig reputierlichen Hinterhof-Händlern angeboten wurden. Bald sprach sich außerdem herum, daß die staksigen, schlecht gefederten Japan-Autos auf dem Gebrauchtwagenmarkt nur schwer verkäuflich waren.

Flugs änderten die Japaner ihr Konzept. Emsig webten sie an leistungsstärkeren Service-Netzen. Zur Hauptsache aber entwickelten sie europäisch stilisierte neue Modelle mit modernen Fahrwerken, um den Geschmack der Deutschen besser zu treffen.

Die neuen Corolla und Cressida von Toyota, der Mazda 323, Datsun 180 oder Honda Accord fanden Anklang bei den strengen Käufern. „Ein neues Kapitel japanischer Automobilgeschichte“ entdeckte die „Frankfurter Rundschau“ nach einer Testfahrt im Honda Accord: „So erstklassiges Finish, so perfekte Verarbeitungsqualität, so ästhetische Detaillösungen gab es in dieser Klasse bisher nirgends.“

Gleichwohl wollen sich die Japaner mit ihrer seit langem befürchteten Verkaufsoffensive offenbar noch Zeit lassen, bis alle logistischen Probleme im Griff sind. „Wenn Toyota wirklich wollte“, erklärte selbstbewußt ein Toyota-Manager, „hätten wir schon heute in jeder deutschen Großstadt eine Werkniederlassung.“

Mazda hält sich viel darauf zugute, daß „für uns der Wankelmotor nicht tot ist“. Als Anreiz kündigt Geschäftsführer Kirihaara für 1979 „einen neuen Wankel-Zweisitzer an, der aussieht wie der Porsche 928“.



Mazda-Messestand in Frankfurt: „Hochgejubeltes Gespenst“

ve-Anzug. Er begrüßte Besucher mit der Champagnerflasche.

Dieser Mann gilt als gefährlich: Mazda-Geschäftsführer Masayuki Kirihaara ist einer von fünf Statthaltern japanischer Autokonzerne in der Bundesrepublik, die ihre marktbeherrschenden deutschen Konkurrenten seit Jahren in Angst und Schrecken halten.

Keine Hauptversammlung deutscher Autohersteller in diesem Jahr verstrich, ohne daß die Bosse in beschwörenden Reden vor dem drohenden Übel aus Japan warnten. VW-Chef Toni Schmücker: „Die Japaner werden kommen, und dann müssen wir uns warm anziehen.“

Jeder Besucher der Autoschau zu Frankfurt konnte erkennen, daß die Japaner schon da sind und offenbar nicht vorhaben, bald wieder zu verschwin-

Die Japaner sind in der Tat selber betroffen über die Verwirrung, die das Gespenst der „Gelben Gefahr“ („Welt“) im Lande der weltbesten Autos schon gestiftet hat. „Das Gespenst“, so ein Mazda-Manager, „wird künstlich hochgejubelt von den EG-Nachbarn der Deutschen.“

Der Marktanteil japanischer Autohersteller in Deutschland ist auch nicht unbedingt zum Fürchten: nur 2,2 Prozent für alle fünf. Im laufenden Jahr hoffen die Firmen, gemeinsam 63 000 Personenautos (Spitzenreiter: Toyota mit 21 000, Mazda mit 15 000 Autos) an die Deutschen zu verkaufen — weniger, als die deutschen Hersteller gemeinsam in einer Woche fabrizieren.

„Wir rechnen“, erläuterte Mazdas Kirihaara abwiegend, „mit einem gemeinsamen japanischen Marktanteil